

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Mitbürger*innen,

Wir haben im Dezember den Haushaltsplan vorgelegt bekommen, der einige extrem wichtige Projekte enthielt. Darunter fielen der Neubau der Sonnenschule und die Renovierung des Stadtmuseums, aber auch die Umsetzung der Machbarkeitsstudien zum AMG, der Friedrich von Bodelschwingh Schule und der Roncalli Schule. Nach den Haushaltsberatungen ist für die Schüler*innen und ihre Eltern davon kaum noch was übrig. Für den Schulstandort Beckum und das Industrieland Deutschland, das auf eine top ausgebildete Jugend angewiesen ist, ist das ein fatales Ergebnis. Die Projekte wurden nicht gesperrt, weil sie unwichtig wären, sondern weil sie ein Defizit von circa 10 Millionen Euro bedeuten. In ihren Haushaltsreden machten sowohl der Kämmerer als auch der Bürgermeister klar, dass dieses Defizit an einer systematischen Unterfinanzierung der Kommunen liegt und nicht an Versäumnissen oder Fehlern vor Ort in Beckum.

Die Zahlen stimmen ihnen zu. Laut der Haushaltsumfrage vom Städte- und Gemeindebund NRW haben 10 Kommunen im Jahr 2025 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. 336 Kommunen haben einen Haushalt mit Verlustvortrag oder Verbrauch der Rücklagen. 50 Kommunen befinden sich in einer Haushaltssicherungspflicht. Laut Prognose soll sich das in den nächsten 5 Jahren verschärfen. Dabei zeigt sich, dass es sich tatsächlich um ein strukturelles Problem handelt. Dagegen hat man als Kommune so gut wie keine Handlungsmöglichkeit, außer ganz klar die Botschaft zu senden, dass sich etwas ändern muss.

Die Frage, die sich daraufhin stellt, ist, wie mit so einem Defizit umgegangen werden soll. Natürlich kann man fordern, dass gegen diesen finanziellen Druck von außen intern angespart werden soll, um die kommunalen Finanzen zu "retten". Das bedeutet: keine freiwilligen Leistungen mehr, die unsere Stadt

lebenswert machen und keine wegweisenden Investitionen, die uns zukunftsfest machen. Die andere Option wäre ein Vorgehen, ähnlich wie die Verwaltung es vorgeschlagen hat. Man behält die freiwilligen Leistungen bei und führt Investitionen durch. Dabei würde man die Finanzierung aus dem Eigenkapital und über Kredite handhaben. Das macht man dann solange, bis die Finanzierung der Kommunen reformiert wird. Dass sich etwas ändern muss, ist klar. Bund und Länder können auf keinen Fall über den drohenden Zusammenbruch großer Teile des öffentlichen Dienstes hinwegsehen. Und das, das passieren wird, zeichnet sich deutlich ab.

Natürlich ist das eine optimistische Haltung. Aber was wäre denn die Alternative? Was sind die Konsequenzen eines Sparkurses?

Ein Weg zu sparen ist, freiwillige Leistungen einzuschränken oder im schlimmsten Fall ganz zu beenden. Das betrifft Einrichtungen wie die Schwimmbäder und die Jugendfreizeiteinrichtungen, aber auch gesellschaftliche Ereignisse, Stadtfeste und kulturelle Veranstaltungen. Das wären in Beckum Karneval, Pütt-Tage oder der Weihnachtsmarkt!

Ein zweiter Ansatzpunkt ist die Streichung von Investitionen in Infrastruktur. Dabei würde man bei Radwegen, Schulen oder Gemeinschaftsstrukturen sparen. Man würde sich auf das Nötigste beschränken und alles weitere unterlassen. Vor allem bei Schulen wäre eine Einschränkung der Lehrqualität die Folge. (Ist das wirklich gewollt?)

Diesem Sparkurs wurde in Beckum der Finanzkompass zugrunde gelegt, um über konkrete Ansatzpunkte zur Einsparung zu beraten. Dieser soll nicht öffentlich tagen, aber trotzdem vor Ausschusssitzungen mögliche Einsparpotentiale erkennen, vorbereiten und verhandeln. So wird alles bis auf die endgültige Entscheidung ausgelagert und die Debatten in den Ausschüssen verkürzt. Das ist intransparent und den demokratischen Prozessen nicht würdig.

Und noch etwas: Wenn die Debatten in den Ausschüssen verkürzt werden, kann die Presse nicht mehr umfänglich berichten. Weder über die Begründungen noch über die Positionen der Parteien.

Was passiert, wenn man an wichtigen Punkten des öffentlichen Lebens spart, die Beratungen hinter verschlossenen Türen abhält und die Bürgerinnen und Bürger vor vollendete Tatsachen stellt? Sie verlieren das Vertrauen in die Politik.

Wenn sich dann am Ende des Tages Personen enttäuscht von den hier sitzenden Parteien abwenden und den rechtsextremen Rattenfängern in die Arme laufen, kann das ein Teil von mir verstehen. Demokratie lebt von Beteiligung und Transparenz, deshalb lehnen wir von den Linken das Gremium des Finanzkompasses entschieden ab.

Das heißt nicht, dass wir keine Gegenmaßnahmen ergreifen sollten, um der Haushaltssicherung zu entgehen. Allerdings sind die in diesen Haushaltsberatungen vorgebrachten Einsparvorschläge ungeeignet aufgrund des Schadens, den sie anrichten.

Um nun konkret zum Haushalt zu kommen:

Wie bereits mehrfach erwähnt, hatten wir für den von der Verwaltung aufgestellten Haushalt durchaus Sympathien. Seit Dezember, spätestens aber seit der HUFA Sitzung am 24.02 wurden einige Aspekte so schwerwiegend verändert, dass wir hier nicht mehr mitgehen können:

1. Der globale Minderaufwand

Die Anhebung des globalen Minderaufwands auf 1% des Gesamtaufwandes, also auf ungefähr 1,45 Millionen Euro. Das Problem mit dem Minderaufwand ist folgendes:

Wie die Verwaltung in der Beschlussvorlage schon klargemacht hat, wird es schwierig sein, die geforderten 1% auf alle Positionen des Ergebnisplans anzuwenden, da rund 70 Millionen Euro als Transferaufwendungen anfallen. Diese sind in der Höhe fest, dort sind keine Einsparungen möglich. Somit bleiben von dem Gesamtaufwand von 145 Millionen Euro noch 74,5 Millionen Euro, bei denen gespart werden kann.

Dazu kommt, dass in den anderen Produktkonten ein hoher Teil der Ausgaben auf Personal und Gebäudekosten entfällt. Die Personalkosten belaufen sich auf rund 32,6 Millionen Euro. Danach bleiben noch 41,8 Millionen Euro, bei denen eingespart werden kann. Dann sind auch noch bilanzielle Abschreibungen mit 7,7 Millionen Euro veranschlagt. Und so landet der Betrag, bei dem eingespart werden könnte, bei höchstens 34 Millionen Euro.

Demgegenüber ist die Höhe des Minderaufwandes von 1,45 Millionen Euro deutlich mehr als 1%, eher 4,2%. Das wird nicht mal eben so einzusparen sein, ohne dass es konkret und schmerzhaft spürbar wird. Zumal die Verwaltung selber einen Globalen Minderaufwand von 500.000 Euro für realistisch hält, also ungefähr $\frac{1}{3}$ des neuen Wertes. Hier zeigt sich, wie utopisch die Vorstellung ist, die Verwaltung könne mal eben so, ganz unkonkret, diese Summe einsparen. Zwar hat die CDU auch klar gemacht, dass sie sich hier einen weichen globalen Minderaufwand vorstellt, trotzdem möchte sie die 1% als Ziel haben. Die Frage, die man sich daraufhin stellt, ist doch: Hat man selbst keine Ideen der Einsparvorschläge oder will man nur nicht verantwortlich sein? Wenn man selber entweder keine weiteren Einsparvorschläge hat oder diese nicht selbst verantworten möchte, nutzt man das Instrument des globalen Minderaufwandes, um die Verwaltung unter Druck zu setzen.

2. Der Finanzkompass

Der zweite für uns kritische Punkt ist der Finanzkompass und der Umgang damit. Wie bereits mehrfach erwähnt, birgt der Finanzkompass unserer Meinung nach die Gefahr, das Vertrauen in uns alle als demokratisch gewähltes Gremium zu untergraben. Darüber hinaus gibt es unsererseits mit dem Arbeitskreis weitere Probleme.

Zum einen haben wir in Beckum laut gpa-Prüfbericht im Vergleich zu anderen Kommunen eine hohe Sitzungsfrequenz und der Bericht empfiehlt, dort gegenzusteuern. Ein zusätzliches Gremium mit einer relativ hohen Sitzungshäufigkeit wirkt dem entgegen. Zudem erschließt sich mir bis heute nicht genau, warum man für dieses Thema neben dem Haupt- und Finanzausschuss ein gesondertes Gremium benötigt. Der Haupt- und Finanzausschuss ist laut Gemeindeordnung und Zuständigkeitsordnung für genau die Themen zuständig, die im Finanzkompass zur Sprache kommen sollen. Warum also ein neues Gremium schaffen? Und ja, Herr Pundt, ich habe Ihre Kritik in der HuFa Sitzung wahrgenommen, dass man auch über Personalangelegenheiten sprechen müsse und es daher notwendig sei, aus Datenschutzgründen das nicht öffentlich zu machen. Aber gibt es dafür nicht mit Absicht in allen Sitzungen einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil? Und gibt es nicht genau dafür eine feste Regelung, was öffentlich ist und was nicht? Gleichzeitig zu diesen Fragen fällt einem der doppelte Maßstab für in diesem Gremium zu diskutierenden Themen auf. Wenn in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bei Fragen von Schülerinnen und Schülern zu der erneuten Beratung der Schulentwicklung betont wird, dass man wirklich alles nochmal diskutieren möchte und da Schulen und Feuerwehr nunmal auch dazu gehören, gleichzeitig aber ein paar Stunden später den Antrag der Grünen, den kommunalen Ordnungsdienst noch einmal in diesem Gremium zu beraten ablehnt, dann legt man einen

doppelten Maßstab an die Themen an, je nachdem wie man selber zu ihnen steht. Die Konsequenzen, die das mit sich ziehen wird, habe ich schon angesprochen. Vertrauensverlust und Schaden an demokratischen Prozessen wird eine Folge davon sein. Als Linke können und wollen wir so etwas nicht unterstützen. Wir machen Politik für und vor allem MIT den Menschen! Transparenz ist dabei das Wichtigste.

3. Wo wir gerade schon bei der Schulentwicklung sind. Die Verzögerung dieser ist für uns untragbar. Die Machbarkeitsstudie von 2024 zeigt in Verbindung mit dem Schulentwicklungsplan, dass unsere Schulen und vor allem Schülerinnen und Schüler mehr Raum benötigen. Schon jetzt haben die betroffenen Grundschulen und das Albertus-Magnus-Gymnasium einige Raumprobleme. In den betroffenen Grundschulen muss das Mittagessen in drei Schichten organisiert werden, Förderangebote müssen improvisiert werden und Klassenräume sind multifunktional belegt, um nur ein paar Punkte zu nennen. Dies führt in der Qualität der Lehre zu großen Einschnitten. Ähnlich sieht es am AMG aus. Das Mittagessen in der Mensa muss in zwei Schichten vorgenommen werden, es stehen jetzt schon Containerräume auf dem Schulhof und es werden definitiv noch weitere benötigt. Die sind zum einen nicht gerade billig und zum anderen bremsen sie die pädagogische Entwicklung aus. In ihnen sind keine flexiblen Nutzungskonzepte und keine Flurnutzung möglich, die allerdings bei moderner Pädagogik gefordert sind. Jetzt wurde die Durchführung der Machbarkeitsstudien 2025 einstimmig beschlossen und die Schulen haben sich darauf eingestellt. Einen Beschluss jetzt erneut zu beraten, obwohl die Notwendigkeit festgestellt und bestätigt wurde, ist grob fahrlässig. Ich zitiere an dieser Stelle einmal das CDU Wahlprogramm aus dem letzten Jahr:” Die Wiedereinführung von G9 gestalten wir aktiv mit. Wir schaffen rechtzeitig die nötigen

Raumkapazitäten und passen die Schulentwicklungsplanung vorausschauend an.“ Ich frage mich, ob mit dieser Verzögerung und dem kommenden G9 Jahrgang ab Sommer dieses Ziel erreicht wurde. Vielleicht, wenn sie Containerräume für eine passende Raumkapazität halten? Für uns wäre es das auf jeden Fall nicht. Für uns als Linke sind diese Zustände absolut nicht tragbar. Die erneute Beratung der Schulentwicklung und die damit verbundene Verzögerung schadet nicht nur aktiv den Schüler:innen, die diese Schulen zurzeit und in Zukunft besuchen, sondern auch Beckum als Schul- und Bildungsstandort.

Wir haben uns als Fraktion die oben genannten Punkte angeschaut und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir diesen Haushalt so nicht mittragen können. Wir halten einige Ansätze in diesem Haushalt für fahrlässig bis falsch und können diese nicht unterstützen. Wir finden es schade, dass einige für Beckum wichtige Projekte auf die lange Bank geschoben werden, unter anderem auch das Radwegekonzept, um dies auch einmal zu erwähnen. Wir hoffen, dass die Beratungen im Finanzkompass zur Schulentwicklung möglichst schnell positiv abgeschlossen werden können. Wir hoffen, dass möglichst bald die Finanzierung der Kommunen reformiert und das Konnexitätsprinzip wieder eingehalten wird, zum Wohle der Kommunen, der Öffentlichkeit, der Demokratie und der Bürger:innen.

Vielen Dank

.